

UNTERWALLIS

«Bonvin»-Chef
gebüsst

SITTEN | Der Direktor der Charles Bonvin SA wurde von der Walliser Staatsanwaltschaft zu einer Geldstrafe von 2000 Franken verurteilt. Die Kellerei habe 1008 Flaschen «Pinot Merlot Clos du Château» mit dem Jahrgang 2011 versehen, obwohl die Trauben bereits im Jahr 2010 geerntet worden sind. Wie der «Nouvelliste» schreibt, sei die Strafe eher milde ausgefallen, da die Kellerei in erster Linie versucht haben soll, der Nachfrage ihrer Kunden gerecht zu werden und nicht etwa die Absicht verfolgte, sich illegal zu bereichern. Der Flaschenpreis beider Jahrgänge blieb identisch, auch die Qualität sei vergleichbar. Deshalb handle es sich nicht um einen Betrugsfall, sondern um einen Verstoss gegen das Lebensmittelgesetz. Aus Transparenzgründen meldete sich der «Bonvin»-Chef selbst bei der Unterwalliser Tageszeitung und führte die gemachte «Dummheit» auf den Angebotsengpass beim Jahrgang 2011 der besagten Flaschen zurück.

«Fergie» zieht
ins Wallis

VERBIER | Sarah Ferguson, Duchess of York, verlässt England, um ihren neuen Hauptwohnsitz in ihrem Walliser Chalet in Verbier zu beziehen. Schon im Winter 2013/14 lebte sie während mehrerer Monate in Verbier. Nun will sie sich während des Jahres ganz im Unterwalliser Skort niederlassen, wo sie ein luxuriöses Chalet besitzt, welches sie zu Beginn des Jahres gemeinsam mit Prinz Andrew erworben hat, so «lematin.ch». In Verbier ist Ferguson keine Unbekannte: Bereits seit 17 Jahren verbringen sie und ihre Familie dort die Ski-Ferien. Der Grund dafür, dass Ferguson England verlasse, liege darin, dass sie zahlreiche Verpflichtungen in der ganzen Welt habe, wird ihr Sprecher in der britischen Presse zitiert.

Walliser
kandidiert
in Bern

BIEL | Lucien Combaz, der ehemalige Generalsekretär der Unterwalliser CVP, kandidiert für den Nationalrat. Nicht aber in seinem Heimatkanton, sondern im Kanton Bern, wo er in Biel seit Kurzem wohnt und arbeitet. Im Wallis seien die Listenplätze stark begrenzt, begründet Combaz sein «Fremdgehen» gegenüber dem «Nouvelliste». Nicht so im Nachbarkanton, wo es 20 Plätze zu füllen gibt. Dazu komme, dass man im Wallis finanziell sehr solide aufgestellt sein müsse, um eine Kampagne für den Nationalrat führen zu können. Realistisch genug, macht sich Combaz nicht allzu viele Hoffnungen für einen Sitz in der grossen Kammer. Er wolle sich aber auch auf nationaler Ebene für die CVP engagieren, wird er in der Unterwalliser Tageszeitung zitiert.

Kantonsverfassung | Die Volksinitiative für eine Totalrevision löst unterschiedliche Reaktionen aus

Widerstand bei der SVP, Gelassenheit bei CVP und CSP

OBERWALLIS | Politikerinnen und Politiker der Linksallianz, der Grünen und der Radikalen engagieren sich für eine Totalrevision der Kantonsverfassung. Die SVP lehnt dies ab. Bei den Oberwalliser C-Fraktionen löst die lancierte Volksinitiative kaum Emotionen aus.

HEROLD BIELER

Harsch kritisiert wird das Vorgehen seitens der SVP. Aufgrund der Erfahrungen in anderen Kantonen, so die SVP Unterwallis, gebe es keine Notwendigkeit für einen Verfassungsrat. Den Initianten, so die SVPU weiter, gehe es einzig und allein darum, die christlichen Werte aus der Verfassung zu streichen. Mehr oder weniger liege man auf der gleichen Linie wie die Initianten für eine Trennung von Kirche und Staat: «Und die sind ja kläglich gescheitert.»

Es mache auch keinen Sinn, wenn man undemokratischen Organisationen wie etwa einer Agglomerationskonferenz noch mehr Kompetenzen per Verfassung gebe. Damit werde die Autonomie der Gemeinden weiter geschwächt. Für die SVP macht auch ein Ausbau der politischen oder sozialen Rechte keinen Sinn, weil man schon mit den heute bestehenden an die finanziellen Grenzen gelange. Letztlich gehe es den Initianten auch darum, ein Stimmrecht für Ausländer einzuführen: «Und man will mit der Initiative auch unser Recht ausländischen und religiösen Minderheiten anpassen.»

«Das Parlament ist die Legislative»

Die SVPO ist grundsätzlich gegen eine Totalrevision und wird sich mit allen Mitteln gegen einen Verfassungsrat wehren. «Wenn es trotzdem eine Totalrevision geben wird, dann sicher nicht mit einem Verfassungsrat. Das Parlament ist die Legislative. Also ist eine Verfassungsrevision auch Aufgabe des Parlamentes», betont Franz Ruppen. Das Volk, so Ruppen, wähle ja seine Vertreter im Parlament. Zudem müssten auch die Mitglieder des Verfassungsrates wieder gewählt werden. Und das wären dann sicher teils wieder die gleichen Leute.

Es sei natürlich ein demokratisches Recht, Unterschriften für eine Volksinitiative zu sammeln. Wenn das Volk die

Totalrevision dann auch wolle, müsse man diesen Weg gehen.

Für den SVPO-Präsidenten macht eine Volksinitiative zum jetzigen Zeitpunkt aber wenig Sinn: «Bis die Volksinitiative für die Bildung eines Verfassungsrates vors Volk kommt, ist vielleicht die R21 abgeschlossen. Und dann braucht es keine Totalrevision mehr.»

«Den R21-Weg weitergehen»

Die Regierung und das Parlament, so Ruppen, hätten in den letzten Jahren viel Zeit in Reformen investiert, viel sei aufgeleistet worden: «Natürlich hat man einiges nicht umgesetzt. Aber die R21 ist meiner Meinung nach keine Totgeburt.» Schade sei gewesen, dass sich in der Debatte im Vorfeld der ersten Abstimmung im Juni alles nur noch um die Sitzgarantie für das Oberwallis drehte habe.

Für Ruppen muss man auf dem Reformweg weiterfahren. Nicht vom Tisch ist laut Ruppen das Proporzwahlssystem für den Staatsrat. Just die SVP Unterwallis kippte dieses Anliegen der FDP/Liberalen, der SVP und der Linksallianz in allerletzter Minute. Man behalte sich eine Änderung mittels einer Volksinitiative vor: «Die Op-

tion besteht weiterhin.» Ruppen geht davon aus, dass Staatsrat Tornay rasch mit den Etappen 2 und 3 der R21 weitermacht. Am heikelsten wird hier wohl die Diskussion über die Gemeindegrossen und Gemeindefusionen sein. Gerade bei diesem Thema, so Ruppen, werde die SVP genau hinschauen und etwa jegliche Ideen für einen Fusionszwang bekämpfen. Ansonsten gibt es kaum brisante Themen.

Für die CVPO «kein dringliches Anliegen»

Gelassen nimmt man die Lancierung der Volksinitiative bei den C-Parteien. «Das ist kein dringliches Anliegen. Wir haben viel wichtigere Probleme zu lösen als eine Gesamtrevision der Verfassung», sagt CVPO-Präsident Anton Andenmatten. Auch er findet, dass der eingeschlagene Weg mit Teilrevisionen reicht. Konkret gelte es nun, das Wahlsystem für den Grossen Rat anzupassen. Die CVPO ist gegen die Initiative «Jede Stimme zählt». Gemäss Andenmatten zieht man ein System mit sechs Wahlkreisen und Unterwahlkreisen vor. Also die R21-Variante ohne Minderheitenschutz.

«Eine Verfassungsrevision ist ja ein langfristiges Projekt.



Welche Reformen braucht das Wallis? CVP und SVP sehen für eine Totalrevision der Walliser Verfassung wenig bis gar keinen Bedarf.

FOTO WB

Da gibt es viele Detailfragen, die kaum jemandem wehtun, weil sie keine direkten Auswirkungen haben. 80 Prozent einer Verfassungsrevision sind ja unbestritten. Dass man modernere Formulierungen macht, die der heutigen Zeit angepasst sind, ist sicher richtig.»

Man will die Volksinitiative, falls sie denn zustande kommen sollte, sicher nicht bekämpfen. Anderer Meinung etwa als die SVPO ist man auch in der Frage zur Bildung eines Verfassungsrates: «Die Initiative geht in diese Richtung. Also

würde das auch der Weg sein. Es ist aber ein sehr aufwendiges Prozedere.»

«Das ist der falsche Weg»

Keine Dringlichkeit besteht auch für CSPO-Präsident Alex Schwesternmann. Jetzt eine Totalrevision zu lancieren, liege quer in der Politlandschaft: «Das ist der falsche Weg.» Man werde die neue Situation aber sicher in den Parteigremien diskutieren.

Auch für Schwesternmann ist die Weiterführung der eingeleiteten Reformen prioritär.

«CVP und SVP sollen vorwärtsmachen»

Die Grünen, die SP und die FDP/Liberalen unterstützen die Volksinitiative für eine Totalrevision der Kantonsverfassung mittels eines Verfassungsrates. An vorderster Front kämpft aber ausser bei den Grünen nicht unbedingt die erste Garde. Ausnahmen sind etwa Thomas Burgener (SPO), Mathias Reynard (SPU) oder Philippe Nantermod (FDP/Liberale). Aus dem Oberwallis sitzen nebst den beiden Co-Präsidentinnen Lina Hosennen-Fux und Iris Kündig Stoessel Thomas Burgener, Thomas Antoniotti, Christa Furrer-Treyer, Charles-Louis Joris, Jonas Jossen und Brigitte Wolf im Initiativkomitee.

Für die FDP/Liberalen ist die Lancierung einer Volksinitiative für einen Verfassungsrat ein weiteres Zeichen an die Regierung sowie an die CVP und die SVP, dass sie endlich vorwärtsmachen mit echten Reformen. Für die FDP/Liberalen ist aber auch klar, dass die eingeleiteten Reformen weitergeführt werden müssen. Die «besorgniserregende» Lage der Wirtschaft mit einem starken Arbeitsplatzabbau insbesondere in der Industrie oder der Zustand der Kantonsfinanzen fordere rasche Massnahmen.

Heute auf **1815.ch**

«Schweizer sind die wichtigste Gästegruppe»

Der diesjährige «Super-Sommer» lockt die Gäste an. Auch das Wallis scheint zumindest beim Tagesgeschäft profitieren zu können. So setzen die SBB im August und September mehr Züge in Richtung Wallis ein.

www.1815.ch

Schreiben Sie uns: Werden Sie Leser-Reporter!

Haben Sie etwas Spannendes oder Aussergewöhnliches zu berichten? Oder sind Sie Augenzeuge eines speziellen Ereignisses geworden? Zögern Sie nicht und fotografieren oder filmen Sie das Sujet. Schicken Sie Ihre Infos an info@1815.ch.

www.1815.ch